

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 14 (1973)  
**Heft:** 15

**Artikel:** Der Fall Asien : die sowjetische Sicherheitsordnung für die Welt  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095110>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die sowjetische Sicherheitsordnung für die Welt

# Der Fall Asien

Von Laszlo Revesz

Die europäische Sicherheitskonferenz, zu deren nur einseitig denkbaren Ergebnissen wir uns in der letzten Nummer noch einmal geäußert haben, hat ein potentielles Pendant, nämlich die asiatische Sicherheitskonferenz, zu der die Initiative ebenfalls von der Sowjetunion ausgeht. Im Unterschied zum Westen gibt es allerdings in Asien einen Gegenspieler zur UdSSR, nämlich China.

Unter anderem braucht die Sowjetunion ein «kollektives europäisches Sicherheitssystem» (als ob die europäische Sicherheit anders bedroht werden könnte als durch Moskau) gerade deshalb, um sich nach einer gewährleisteten Neutralisierung Westeuropas mit allen Kräften gegen China wenden zu können. Zudem soll die europäische Sicherheitskonferenz eine entsprechende asiatische Konferenz präjudizieren, die in sowjetischer Lesart mit zur «globalen sowjetischen Friedenspolitik» gehört. «Der sowjetische Vorschlag zur Schaffung eines asiatischen kollektiven Sicherheitssystems wird immer deutlicher zu einem beherrschenden Element der sowjetischen Aussenpolitik.» So der ungarische Kommentator Istvan Kulcsar in der Monatszeitschrift «Nemzetközi Szemle» (Nr. 11/1972).

### Die sowjetische Initiative ...

Die Idee einer asiatischen Sicherheitskonferenz hatte Breschnew im Frühjahr 1969 aufgeworfen und sie auch vor dem internationalen Kommunistenkongress im Juni jenes Jahres gefordert. Als Grundlagen der asiatischen Sicherheit nannte Moskau schon damals jene Prinzipien, die Breschnew 1972 auf dem Moskauer Gewerkschaftskongress formulierte: Verzicht auf Gewaltanwendung unter den Staaten, Respektierung von Souveränität und Unantastbarkeit der Grenzen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, breite Entwicklung der wirtschaftlichen und anderweitigen Zusammenarbeit. Dazu kam später noch der Vorschlag zur Auflösung der Blöcke und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem.

Eine antichinesische Schlagseite dieser Bemühungen verneinte Moskau zum vorneherein: «Die westliche Propaganda versucht diese Sache so hinzustellen, als sei die Bildung eines kollektiven Sicherheitssystems in Asien gegen irgendein Land gerichtet, was natürlich eine Lüge ist» (so etwa «Sowjetunion heute», Nr. 1/1969). Der Bezug auf die «westliche» Propaganda zeigt die Verlegenheit über den Charakter der «Lüge», denn natürlich war es Peking gewesen, das sofort offen und explizit als Ziel des Moskauer Vorschlages sowjetische Hegemonialpolitik in Asien und die Einkreisung Chinas genannt hatte.

### ... und ihre wohlorganisierte Unterstützung

In der Zwischenzeit hat die Sowjetunion die ihr verbündeten oder botmässigen Regierungen organisiert, ebenso die «fortschrittlichen asiati-

schen Kreise», welche den sowjetischen Gedanken als Wunsch der asiatischen Völker kundtun.

So stellte der schon erwähnte Istvan Kulcsar Ende des letzten Jahres fest: «Der sowjetische Vorschlag ... wurde von zahlreichen asiatischen Ländern vollumfänglich oder teilweise begrüsst, von Indien, Bangladesch, Afghanistan usw. Einflussreiche Kreise — nicht nur linksorientierte Gruppen — (just diese nicht, sofern prochinesische Gruppen linksorientiert sind; Red.ZB) unterstützen den Vorschlag in Japan, Pakistan, Singapur, Ceylon usw. ... In letzter Zeit hat das Gewicht jener asiatischen sozialistischen und nichtsozialistischen Staaten zugenommen, welche — wie die Mongolei, Indien usw. — die Idee der kollektiven Sicherheit unterstützen ...»

Von den reichlichen «usw.» mal abgesehen, sind hier die «positiven» Staaten genannt. Auf nicht-staatlicher Ebene verfährt die Sowjetunion ebenso wie sie es im Vorfeld der europäischen Sicherheitskonferenz getan hat: Sie mobilisiert die von ihr selbst finanzierten internationalen Frontorganisationen, um eine öffentliche Meinung zugunsten der Sicherheitskonferenz zu nächst vorzutauschen und dann heranzubilden.

Ende September 1972 hielt in Neu-Delhi eine Allindische Konferenz «Für Frieden und Solidarität der Völker» in ihrer Resolution fest: «Die Situation in Asien ist reif für Gespräche über die Bildung eines kollektiven Sicherheitssystems.» Im sowjetischen Vasallenstaat, der Mongolei, wurde die 2. afro-asiatische Frauenkonferenz abgehalten. Die Teilnehmerinnen sprachen sich einstimmig für die Sicherheitskonferenz aus und verurteilten ihre Ablehnung durch China. Wiederum in Neu-Delhi fand im Februar 1973 eine Konferenz «Einheitliches Asien» mit Delegationen der «Oeffentlichkeit» aus «mehr als 20 Staaten» statt. Sie vertrat laut sowjetischer Darstellung die gemeinsamen Interessen der asiatischen Völker, und sie lobte die asiatische Friedenspolitik der Sowjetunion.

Das bisher grösste organisatorische Vorspiel gelang der Sowjetunion vor zwei Monaten in Bangladesch, jenem Staat übrigens, der nach einer sowjetisch unterstützten militärischen Eroberung aus Indien entstanden ist und sich somit als Beispiel für die «Unantastbarkeit der Grenzen» und die «Nichteinmischung» besonders gut eignet. In Dacca also kam es Ende Mai 1973 zu einer «Internationalen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Asien», beschickt von Delegierten aus 26 Ländern, das heisst von Delegierten prosovietischer Organisationen aus 26 Ländern. Die diversen Resolutionen befürworteten einstimmig die sowjetischen Vorschläge zu

Sicherheitskonferenz und Sicherheitssystem für Asien. Ebenso einmütig wurde China wegen diverser Missetaten (von der Feindschaft zu Bangladesch bis zur Ablehnung der Sicherheitskonferenz) verurteilt. Alles in allem laut «Prawda» (3. 6. 1973): «Die Delegierten verurteilten mit Schärfe die Politik der Pekinger Führung gegenüber den asiatischen Ländern.» Hier erscheint China also schon so quasi als ausserasiatische Macht.

### Japan und USA: Optionen vorbehalten

Nun, China ist der Feind der sowjetischen Pläne für Asien, und damit ist es ohnehin klar, dass sie nicht mit, sondern nur gegen Peking verwirklicht werden können. Anders verhält es sich mit gewichtigen Mächten, die sich ihre Optionen vorbehalten.

Bei Japan geht es technisch um die Frage der Kurilen-Inseln, welche es noch immer von der UdSSR zurückfordert, womit es in sowjetischer Darlegung gegen das Prinzip der Unantastbarkeit der Grenzen verstösst. (Was die Sowjetunion von diesem Prinzip im Falle Pakistans hält, hat man schon einmal gesehen und wird es weiterhin sehen, wenn es um die Auflösung des Restbestandes auch von Westpakistan geht, wozu das reorganisierte Afghanistan nützliche Dienste leisten soll.) Aber politisch ist Japan zur Teilnahme an einer asiatischen (oder asiatisch-pazifischen) Sicherheitskonferenz durchaus bereit, allerdings nicht als Glied der prosovietischen Einkreisungskette. Vorbehaltlos positiv zu den sowjetischen Vorstellungen hat sich abgesehen vom mongolischen Satellitenregime bisher nur die allerdings wichtige Stimme von Indira Ghandi bekannt (siehe «Prawda» vom 15. 4. 1973), wogegen die begriffliche Verlegenheit von Nordvietnam und Nordkorea bisher sowohl von Moskau als auch von Peking respektiert wird. Japan jedenfalls gedenkt unter Ausnutzung der weltpolitischen Konstellation seine eigene Karte zu spielen, was für die beiden grossen Kontrahenten Chancen und Gefahren zugleich einschliesst.

Die modifizierte Formulierung einer «asiatisch-pazifischen» Sicherheitskonferenz bringt natürlich die USA ins Spiel. Die UdSSR betrachtet, bezeichnend genug für die heutige Zeit, die beiden Versionen «mit den USA» oder «ohne die USA» als völlig gleichwertig. Washington selbst verhält sich keineswegs abgeneigt. Soeben hat Aussenminister Rogers in Tokio das «grosse Interesse» der Vereinigten Staaten an der Sache bestätigt.

Freilich hat man weder in Tokio noch in Washington ein Interesse daran, sie als antichinesischen Zusammenschluss unter sowjetischer Leitung funktionieren zu lassen.

### Das chinesische Nein

Und China ist unmissverständlich dagegen. Warum? Das hat schon die erste chinesische Stellungnahme auf den Vorstoss Breschnews klar gemacht:

«Beim Zusammenzimmern des 'asiatischen Sicherheitssystems' hat die Sowjetregierung nicht nur die Absicht, einen antichinesischen Einkreisungsring zu weiteren Aggressionen gegen China zu schaffen; ihr noch realisti-

(Fortsetzung auf Seite 8)

## Der Fall Asien

(Fortsetzung von Seite 5)

scheres Ziel ist es, unter dem Deckmantel der ‚kollektiven Sicherheit‘ und der ‚regionalen Zusammenarbeit‘ asiatische Länder ihrer Kontrolle zu unterstellen...» («Peking-Rundschau», Nr. 41/1969.) Diese Betrachtungsweise ist im Laufe der Zeit höchstens noch akzentuiert worden. Vor der sowjetophilen «Asienkonferenz» in Dacca schrieb die gleiche Quelle (15. Mai 1973): «Die Sowjetunion versucht, China mit einem System der kollektiven Sicherheit... einzukreisen... Im Hintergrund dieses Systems steht nichts anderes als der Schutz der Interessen der Sowjetunion.»

### Die Warnung an Europa

Unüberhörbar ist die chinesische Warnung vor der sowjetischen Entspannungsoffensive:

«Wenn die Sowjetunion wahrhaftig gegen die Gewaltanwendung in internationalen Beziehungen ist, warum wendet sie dann allorts selbst Gewalt an? Warum zieht sie nicht die grosse Zahl ihrer Streitkräfte aus der Mongolischen Volksrepublik ab?» (PR Nr. 5/1972.)

Dass diese Stellungnahme analog auch für Europa gilt, das nach chinesischer Auffassung seine Selbstbehauptung gegenüber der UdSSR grobfahrlässig aus der Hand gibt, haben wir in der letzten Nummer gesehen. An Ermahnungen in dieser Richtung fehlt es auch weiterhin nicht. So veröffentlichte die Agentur Hsinhua am 7. Juli eine Meldung unter dem Titel: «Sowjetischer Sprecher verkündet offen das Recht auf weitere Invasionen des tschechoslowakischen Typs.» Der sowjetische Pressesprecher für die europäische Sicherheitskonferenz in Helsinki, Wsewolod Sofinski, hatte auf Anfrage die Berechtigung des sowjetischen Vorgehens gegen die Tschechoslowakei unterstrichen und betont, das gleiche gelte auch für die Zukunft. Tatsächlich



Indira Gandhi: Erklärte Unterstützung für das sowjetische Konzept einer asiatischen Sicherheitsordnung.

ist es für den abhanden gekommenen europäischen Wirklichkeitssinn bezeichnend, dass es einer chinesischen Quelle bedarf, um sogar deklarierte sowjetische Aggressionsansprüche blosszulegen.

### Einige weitere asiatische Stimmen

Was Asien angeht, ist die chinesische Stellungnahme nicht so einsam wie bezüglich Europa. Wir zitieren hier (nach «Peking-Rundschau» und Hsinhua) einige Stimmen.

Die «Pakistan Times» wandte sich am 6. März 1973 in einem Leitartikel gegen den sowjetischen Vorschlag. An sich sei jede Abmachung zu begrüssen, wenn sie dem Frieden in Asien diene:

«Aber eine begrenzte kollektive Sicherheitsallianz, die aus Initiative einer Supermacht stammt, stellt sicherlich keine derartige Abmachung dar. Eine Grossmacht, die ein Sicherheitssystem zu unterstützen versprochen hat, hofft selbstverständlich, ihre eigenen Interessen zu fördern, und sucht, dass dieses System gleicherweise durch diese oder jene Methode ihre Freunde unterstützt und ihre Feinde verurteilt. Das ist für Pakistan völlig unannehmbar... Der sowjetische Vorschlag ist keine Lösung für Asiens Suche nach Frieden und Sicherheit... (Sein) Ziel besteht mindestens zum Teil darin, China in Schach zu halten und gegen China ein Gegengewicht mit Indien als Kernstück zu schaffen. Vom pakistanischen Gesichtspunkt aus betrachtet, hat China einen guten Einfluss auf diesem Gebiet, und die Aggressionsdrohung kommt von anderer Seite. Die Sache der asiatischen Sicherheit wird deshalb nicht durch Massnahmen gegen eingebildete Drohungen, sondern durch die Beseitigung der wirklichen Drohungen gefördert werden; nicht durch die Schaffung von neuen, unnötigen Provokationen, sondern durch die Beendigung von solchen, die bereits existieren.»

Die thailändische Wochenschrift «Bangkok Review» schrieb am 5. April 1973:

«Die Sowjetunion versucht China mit einem System für kollektive Sicherheit oder mit einer Sphäre des ‚gemeinsamen Wohlstands‘ einzukreisen... Die asiatischen Länder beobachten mit Misstrauen das Benehmen und die Politik der Sowjetunion bei der Bildung eines kollektiven Sicherheitssystems. Dahinter stehen lediglich die sowjetischen Interessen.»

Eine indonesische Stimme aus «Djakarta Times»:

«Zweifelloos haben die Länder in Südostasien erkannt, dass dieses kollektive System nichts anderes ist als eine Falle der Sowjetunion, um sie in ihre Einflussosphäre zu ziehen.»

In Singapur schrieb die Zeitung «Nanyang Siang Pau», das Ziel des von der Sowjetunion angepresenen Systems für kollektive Sicherheit in Asien sei «einerseits die wirtschaftliche Ausplünderung und politische Dominierung dieser Region, während andererseits die Intrige der Einkreisung und Beherrschung Chinas realisiert werden soll».

Eine andere Singapurzeitung, «Min Pau», erklärte, dass dem sowjetischerseits vorgeschlagenen System «in den asiatischen Ländern die kalte Schulter gezeigt wurde, weil die Völker in diesen Ländern schon eine gute Lektion aus der Theorie des Kremls über die ‚beschränkte Sou-

veränität‘ und die militärische Okkupation der Tschechoslowakei bekommen haben. Sie wollen keine Satelliten und Vorderpfoten des Kremls sein... Ist es nicht lächerlich, dass ein Land, welches immer die Sicherheit anderer Länder bedroht und deren Souveränität über ihr Hoheitsgebiet und ihre Territorialgewässer verletzt, nun zungenfertige Reden über Schutz, Sicherheit und Souveränität anderer Länder hält?»

So erfahren wir heute aus Asien, dass die Lektion der Tschechoslowakei doch nicht ganz vergessen ist. Und im übrigen sind wir der bis auf Gegenbescheid doch wohl progressiven Auffassung, dass China uns Europäern durchaus etwas zu sagen hat. ■

## Der Kommentar

### Normalisierungsofopfer «Osteuropäische Rundschau»

Die Zeitschrift «Osteuropäische Rundschau» ist verschieden. Sie erschien im Juni zum letzten Mal. In einem Begleitschreiben weisen Redaktoren und Vertriebe auf die Gründe hin: «Die konstante Steigerung der Herstellungskosten sowie die nachteiligen Auswirkungen der Dollarabwertungen auf die uns zur Verfügung stehenden Mittel zwingen uns zu diesem Schritt.» Was im Klartext heissen mag: die Mittel aus den USA würden der von Free Europe herausgegebenen Zeitschrift gestrichen. Zu interpretieren auch als ein einseitiger Schritt im Zuge der gesamteuropäischen «Normalisierung» im Sinne Moskaus.

Die «Osteuropäische Rundschau», die es auf 19 Jahrgänge brachte, informierte in den letzten Jahren objektiv und sachbezogen und mit gründlichen Quellenangaben aus der kommunistischen Welt. Sie stand allen interessierten Personen, Behörden, Bibliotheken und Forschungsinstituten zur Verfügung. Sie übernahm hauptsächlich das Informationsmaterial des in München stationierten Senders Freies Europa, von dem bekannt ist, wie sorgfältig er seine Quellen prüft. Die sonst monatlich erscheinende Zeitschrift für den europäischen Osten brachte es 1973 nur auf drei Doppelnummern. Die Themen der Sterbenummern: Die «ideologische Gefahr» der friedlichen Koexistenz; Umweltschutzprobleme in den sozialistischen Ländern — Sowjetunion; Informationsmonopol und Zensur in Osteuropa; Einheitsverband für Polens Jugend; Die «besonderen Beziehungen» Tschechoslowakei—DDR; Wirtschaftsbeziehungen sozialistischer Länder zum Westen. Die Hauptaufsätze wurden jeweils durch Informationen und Nachrichten aus den einzelnen Ländern des Ostblocks ergänzt. In der letzten Nummer der OR stellte man beispielsweise ausführlich den neuen tschechischen Kulturminister Milan Klusak vor, der den kompromittierten Bruzek ablöste; darüber war in der bundesdeutschen Presse kaum etwas zu lesen. Die Gesamtherstellung der jetzt eingegangenen Zeitschrift lag beim Süddeutschen Verlag München. awm